

Stadtkämpfe in Spanien

Ihre historischen Wurzeln in Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung 1939 - 1976

Aufgabe unseres Beitrages soll es sein, in gedrängter Form den Hintergrund der gegenwärtigen sozialpolitischen Situation Spaniens unter dem Aspekt der „urbanen Frage“ darzustellen. Eine historische Analyse der spanischen Planungspolitik und der ihr zugrundeliegenden Bedingungen halten wir aus zwei Gründen gerade für Leser in der BRD für wichtig:

Zum ersten scheint uns eine Erklärung der aktuellen Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung sowie der politischen Rolle der städtischen Bewegungen in Spanien nicht möglich ohne die Vermittlung jener Besonderheiten, die Spanien nicht nur auf politischer sondern auch auf sozialökonomischer Ebene und in Hinblick auf die räumliche Entwicklung als europäisches Randland gegenüber anderen europäischen Ländern auszeichnen. Zum zweiten soll unsere Darstellung der (räumlichen) Entwicklung Spaniens in den letzten 40 Jahren auch dazu dienen, für die BRD selbst zu einer verstärkten Debatte über die Notwendigkeit und die Methodik planungsgeschichtlicher Studien anzuregen.

Vorbemerkungen zum besonderen Charakter des spanischen Entwicklungsprozesses

Bis zum Bürgerkrieg (1936-1939) hatten in Spanien außer der „zentralen“ Hauptstadt Madrid nur zwei Regionen der Peripherie (das Baskenland und Katalonien) ein gewisses, wenn auch sektorales und unvollständiges Industrialisierungsniveau erreicht. Im Norden (im Baskenland und in Asturien) wurde durch ausländische Investitionen im Bergbausektor Ende des 19. Jahrhunderts der lokalen Handelsbourgeoisie die Entwicklung einer mächtigen Stahlindustrie möglich, während in Katalonien die Industrialisierung

mit der Textilverarbeitung schon im frühen 19. Jahrhundert einsetzte und später im Chemie- und Maschinenbausektor erweitert wurde. Der größte Teil des Landes blieb noch den halbfeudalen Herrschaftsverhältnissen einer agrarischen Oligarchie unterworfen (2% der Grundbesitzer verfügten 1918 über 47% der agrarischen Nutzfläche), welche mit ihren engen Verbindungen zur Krone und der Armee die eigentliche Machthaberin war und einen großen Teil des Finanzkapitals verwaltete. Infolge der peripheren Industriekonzentration entstanden damals auch die Kerne der heutigen Ballungsgebiete: Madrid, Bilbao und Barcelona. Zugleich aber entstand auch das Industrieproletariat, für dessen Nutzung und Kontrolle die regionalen Bourgeoisien auf die vom zentralistischen Kapital (Großgrundbesitzer und Finanzoligarchie) abhängige Armee angewiesen waren. Zwei Widersprüche hemmten nun gleich zu Anfang einen „normalen“ Industrialisierungsprozeß. Indem die Oligarchie als Gegenleistung von der peripheren Industrie profitieren durfte, wurde ein Teil des Mehrwerts dem industriellen Sektor entzogen und seiner Entwicklung bereits frühzeitig materielle Hindernisse in den Weg gestellt. Das „agrарische Spanien“ (gemeint ist hier die Oligarchie der Großgrundbesitzer) blieb aufgrund besonderer Machtprivilegien unterkapitalisiert (die Akkumulation erfolgte durch „intensive“ Ausnutzung der Arbeitskraft), und so blieb auch der Lebensstandard und die Kaufkraft eines großen Teils der Bevölkerung sehr schwach. Es konnte kaum Nachfrage nach den industriellen Konsumgütern entstehen und die industrielle Entwicklung wurde auch dadurch blockiert.

In diesem Kontext sind auch die Ursprünge der „nationalistischen“ Ideologien zu begreifen: in Katalonien wie im Bas-

kenland bildeten sie seit Beginn des 20. Jahrhunderts die programmatische Widerspiegelung der ökonomischen Interessen der jeweiligen Bourgeoisien, die in der kurzen Zeit der 2. Republik (1931-1939), in ihrem Versuch, gegenüber der Oligarchie wie auch gegenüber dem Industrie- und Landproletariat die Oberhand zu gewinnen, scheiterten. Der spanische Bürgerkrieg endete 1939 mit einer totalen Niederlage der spanischen Arbeiterschaft, der demokratischen Parteien und der fortschrittlichen regionalen Bourgeoisien, und seitdem bestand in Spanien ein faschistischer Herrschaftsapparat, der der reaktionären Oligarchie zur Wiederherstellung ihrer Machtpositionen verhalf. Die eigentliche „Industrialisierung“ Spaniens und die entsprechenden Klassenstrukturveränderungen vollzogen sich nun in den letzten 40 Jahren unter diesen besonders autoritären Bedingungen.

DIE HISTORISCHEN PHASEN DES SPANISCHEN ENTWICKLUNGSPROZESSES

Um diese Prozesse genauer zu untersuchen, zur Erklärung der politischen Bedeutung und Entstehungsbedingungen der Stadtteilbewegungen, wollen wir im folgenden die Planungspolitik und hier insbesondere die Wohnungsplanung unter der Franco-Diktatur ein wenig ausführlicher darstellen und dabei folgende Phasen unterscheiden:

- 1939-1950 (Wiederaufbau und Autarkiebestrebungen)
- 1950-1958 (Übergangsperiode)
- 1958-1972 (wirtschaftliche Entwicklung)
- 1972-1977 (Krise des politischen Modells)

Die erste Phase: wirtschaftliche Autarkiebestrebungen und Wiederaufbau 1939-1950

Die Periode von 1939 bis 1950 war gekennzeichnet durch die politische und ökonomische Blockierung Spaniens während des II. Weltkrieges. Erst gegen Ende



Die städtische Peripherie: total verbaut



Die „Asociaciones“ demonstrieren in Mortalaz gegen Preiserhöhungen

des 2. Weltkrieges wurde Franco-Regime als potentieller Partner des antikommunistischen Kampfes in Europa betrachtet und seit der „Volksabstimmung“ von 1947 (einer Selbstbestätigung Francos in der Macht) inoffiziell von den Westmächten geduldet.

Der Bürgerkrieg hatte mit einem „Sieg des Landes über die Städte“, einem Sieg des Großgrundbesitzes über die fortschrittlichen industriellen Bourgeoisien geendet, und die ersten wirtschaftlichen und stadtplanerischen Maßnahmen bekamen dementsprechend die Form einer antiurbanen Ideologie und Politik, im Sinne der Interessen der Großgrundbesitzeroligarchie. Die Landwirtschaft wurde durch staatliche Lenkungsmaßnahmen begünstigt (Bewässerungsarbeiten zugunsten der Großgrundbesitzer, Gründung eines „Nationalen Getreidedienstes“, durch den der Staat das Getreide von den Großgrundbesitzern zu Preisen weit über dem Marktpreis aufkaufte) während der Wiederaufbau durch eine Institution für die „zerstörten Regionen“ koordiniert wurde. Darunter wurden aber merkwürdigerweise nicht die meistgeschädigten, durch den Bürgerkrieg ruinierten Gebiete verstanden, sondern allein diejenigen, die an Francos Seite im Krieg teilgenommen hatten (wie Burgos, Valladolid, Sevilla oder Santander).

Das während der 2. Republik im Kommunalstatut von 1935 vertretene Konzept einer ausgewogenen Entwicklungspolitik⁽¹⁾ wurde jetzt durch eine zentralistische diktatoriale Machtstruktur ersetzt. Infolge der allgemeinen Notsituation (Lebensmittelknappheit, niedrige Produktivität speziell in der Landwirtschaft) setzten schon in diesen Jahren große Bevölkerungswanderungen in die Verdichtungsräume der Industriegebiete ein. Von der gesamten Entwicklung profitierte allein das Großkapital (das Finanzkapital und der Großgrundbesitz), insofern durch die Binnenwanderungen die Krise der Landwirtschaft auf indirekte Weise umgangen und gleichzeitig billige, räumlich konzentriert angesiedelte Arbeitskraft als Voraussetzung für die industrielle Entwicklung freigesetzt wurde. Die höchsten Quoten in der gesamten spanischen Geschichte sollte die Land-Stadtwanderung allerdings erst in der darauffolgenden Phase von 1950-1960 erreichen, in der über 3 Mio. Einwohner in die Industriestädte des Nordens wanderten. Aus dieser nach 1939 schon beginnenden gewaltigen Veränderung der spanischen Gesellschaft resultierten dann auch neue soziale Mißstände, wie die Probleme der sozialen Marginalisierung vieler zugewanderter Bevölkerungsteile der Städte und eine ganze Reihe von bisher nicht vorhandenen Versorgungs- und Infrastrukturkonflikten.

Dabei war die Wohnungsfrage angesichts dieser „planlosen“ Entwicklung in

der Nachkriegszeit besonders in den Industriestädten zu einem der dringendsten Probleme geworden. Kurz nach Bürgerkriegsende, noch am 19.4.1939, wurde das Instituto Nacional de la Vivienda (nationales Wohnungsbauminstitut) gegründet, das zunächst dem Innenministerium untergeordnet war. Sein prinzipielles Ziel sollte es sein, die privaten Initiativen im Wohnungsbau durch Staatshilfen zu fördern. Der Staat stellte Kredite für die Wohnungsfinanzierung durch eine „Ley de viviendas protegidas“ bereit. Dieses Gesetz zum „Schutz des Wohnungsbaus“ blieb 15 Jahre lang rechtskräftig und wurde 1956 durch die „Ley de regimen del suelo y Ordenacion Urbana“ (Boden- und Städteordnungsgesetz) ersetzt, auf das wir später noch eingehen werden. Die Wohnungsbauförderung mit einem Jahresdurchschnitt von 16.000 Wohnungen blieb durchweg absolut unzureichend. Erwähnenswert ist hier noch eine Verordnung von 1944 (Decreto Ley sobre viviendas bonificables) über „begünstigte Wohnungen“, die nicht direkt das Wohnungsdefizit aufheben, sondern vielmehr die Arbeitslosigkeit verringern sollte. Zuständig dafür war ein „Nationaler Arbeitslosigkeitskommissar“. Mit diesem Gesetz wurde eine bis heute praktizierte wirtschaftspolitische Tendenz eingeleitet: den Wohnungsbau als Reservesektor in konjunkturellen Krisensituationen zu betrachten. Eine Jahresproduktion von maximal 30.000 Wohnungen (1950) reichte nicht einmal zur „quantitativen“ Deckung des aus dem natürlichen Bevölkerungszuwachs entstandenen Wohnungsbedarfs. Billiger Mietwohnungsbau wurde also kaum gefördert. Eine „Ley de Arrendamientos Urbanos“ von 1946 zur Einfrierung der Mietpreise (die heute noch in Kraft ist) sollte theoretisch billige Mieten schaffen; praktisch kamen diese aber nur der Bourgeoisie und den Mittelklassen in städtisch zentralen Lagen zugute. Die privaten Bauunternehmer widmeten sich ganz dem kommerziellen Wohnungsbau, während der Staat durch die nach Kriegsende gegründete „Obra Sindical del Hogar“ (kurz O.S.H.), das „Gewerkschaftliche Wohnungswerk“, versuchte, als Parallelunternehmer den offenen Bedarf an Sozialwohnungsbau zu decken. (2) So nimmt es nicht wunder, daß eine Volkszählung schon 1950 ein Defizit von einer Million Wohnungen ermittelte. Zu erwähnen bleibt noch, daß man aus ideologischen Gründen die meisten der sowieso mehr als „bescheidenen“ Vorhaben nicht dort ansetzte, wo sie dringend benötigt wurden, nämlich in den industriellen Agglomerationen, sondern (infolge der faschistoiden Verherrlichung des „Landlebens“) in Agrargebieten, Küstengebieten (Fischereidörfern) und in Zechengebieten in Provinzen wie Leon und Palencia.

Ganz grundsätzlich kann man also sagen, daß die Planungspolitik der — zudem zwischen Staat, Provinz und Kommunen unkoordinierten — Bürokratie von Anfang an zu keiner auch nur annähernden Lösung der städtischen und Wohnungsfrage in der Lage war. Neben der Natur und historischen Form der Probleme, die die sozio-ökonomische kapitalistische Entwicklung aufwarf, möchten wir dafür auch noch erklärende Momente anfügen, die sich auf die Struktur des faschistischen Staatsapparates beziehen und z.T. auch noch in den folgenden Entwicklungsphasen wirksam bleiben. Zu erwähnen sind:

a) *Die hierarchische Struktur des Staates:* In jeder Provinz entschieden neben den Kommunen auch die „Deputationen“ (als direkte Exekutivorgane des zentralen Staates), während unabhängig davon auch die Provinzdelegationen der jeweiligen Staatsministerien für die Durchführung der eigenen Programme zuständig waren. Insbesondere die Delegationen des Innenministeriums, des Wohnungsbauministeriums (gegründet 1957) und das Finanzministerium setzten oft ihre Programme durch, ohne sie auf die der anderen Ministerialdelegationen zu beziehen und teilweise im Widerspruch bzw. in keiner Beziehung zu den von provinziellen und lokalen Behörden erarbeiteten Programmen.

b) *die dysfunktionale Steuerverteilung;* wegen der geringen Steuereinnahmen lag dem Finanzministerium sehr daran, die Ausgaben in den Gemeindeverwaltungen möglichst niedrig zu halten und soviel wie möglich aus der jeweiligen Provinz für die zentralen Kassen herauszupumpen. Die Einnahmen wurden je nach der Interessenslage der zentralen Staatspolitik wieder auf die Provinzen umgelegt, wobei die „reichen“ Provinzen durchweg weniger bekamen als sie für den Staat aufbrachten. Das, was sie bekamen, wurde direkt in die technische und industrielle Infrastruktur investiert und kaum zur Absicherung bestimmter Dienstleistungen wie Schulen, Gesundheitswesen, öffentlicher Personenverkehr, verwandt.

c) *Die Korruption in den politischen Verwaltungsorganen;* Bürgermeister, Deputationspräsident und alle politischen Verwaltungsstellen wurden direkt von der übergeordneten Gewalt ernannt. Sie konnten jederzeit gekündigt werden und wurden teilweise so schlecht bezahlt, daß „Doppelarbeit“ und Bestechung zur alltäglichen Praxis wurden. Sogar die Mitglieder der Stadträte wurden nicht direkt, sondern nach den drei Ständen der scheinparlamentarischen Struktur des Regimes (Familie, Gewerkschaft, Berufs- und Handelskörperschaften) gewählt und versuchten die Kürze ihrer „ehrvollen“ Amtszeit mit der größtmöglichen Zahl an „Beziehungen“ zu finanziellen und unternehmerischen Kreisen auszugleichen.

Die zweite Phase: Eine Übergangsperiode von 1950-58.

Für die Richtung der wirtschaftspolitischen Entwicklung Spaniens stellten die 50er Jahre einen Wandel dar. Die industriekapitalistische Produktion wurde bald infolge der begrenzten Kaufkraft des inneren Marktes überschüssig. Man versuchte nun, die Produktionsgüter nicht nur, wie während der Autarkie-Periode, im Inland abzusetzen, sondern den industriellen wirtschaftlichen Sektor progressiv in die internationalen Marktmechanismen einzugliedern.

Es begann eine Periode industrieller Akkumulation, die allerdings erst in den 60er Jahren ihren Höhepunkt erreichen sollte. Voraussetzung dafür war die maximale Ausnutzung der Arbeitskraft (Lohnstop) mittels einer repressiven Gewerkschaftspolitik (Streik- und Versammlungs-

verbot, uneingeschränktes Entlassungsrecht usw.) und die Vormachtstellung des Privatbank-Monopols. Die Massenstreiks von 1948 im Baskenland und 1951 in Katalonien waren unter anderem auch ein Beweis dafür gewesen, daß der Weg einer autarken Wirtschaftsorganisation in die Sackgasse geführt hatte. Die Oligarchie ließ 1951 eine Regierung benennen, der die besondere Aufgabe zukommen sollte, die seit 1938 andauernde Lebensmittelrationierung sowie die permanente Energie-Rohstoff- und Maschinenknappheit zu beseitigen. Mit Hilfe ausländischer Kredite (speziell der USA) gelang es, in der Zeit von 1951-56 in eine neue Wachstumsphase einzutreten (3).

Nach 1950 wurden auch die ersten Korrekturen auf dem Gebiet der städtischen Wohnungspolitik unternommen, nachdem die Volkszählung in diesem Jahr ein Defizit von 1.000.000 Wohnungen fest-

gestellt hatte. Als Hauptproblem sah man die Herstellung der größtmöglichen Zahl an Billigwohnungen vor allem in den Großstädten Bilbao, Barcelona, Madrid und Valencia an. 1955 nahm man nun von staatlicher Seite den „Plan Sindical de la Vivienda“ in Angriff (den Bau von 550.000 WE, in 5 Jahren, von denen 75% realisiert wurden). Dabei wurde die „Obra Sindical del Hogar“ (O.S.H.) während der Jahre 1955-1957 infolge ihre Verbindungen mit lokalen und staatlichen Organen zum Hauptträger des staatlichen Wohnungsbaus. Die O.S.H. baute ca. 76.000 WE, ca. 39% aller staatsgeförderten Bauten und 21% aller Wohnbauten von 1955 bis 57. Diese wurden teilweise aus der Staatskasse, aber auch von verschiedenen Kreditinstituten (Sparkassen, Gewerkschaftskassen usw.) finanziert. Der Staat stellte direkt 20% des gesamten Wohnungsbaus bereit, während der Rest den privaten Unternehmen zugute kam. Dabei wurden meistens nur die Wohnungen fertiggestellt, während die gesetzlich obligatorische Instandsetzung der Straßen, Kläranlagen und Dienstleistungen (Schule, Krankendienst, Kindergärten) einfach den öffentlichen Behörden „überlassen“ blieb. Unzureichend war im übrigen nicht allein die gebaute Quantität (das 1-Million-Defizit hielt noch 1960 an); viele der fertiggestellten Sozialwohnungen waren dazu noch von einer baulichen „Qualität“, die sie bereits heute nach 20 Jahren modernisierungsreif sein läßt. Diese Ergebnisse der Wohnungspolitik sollten denn auch schon während der frühen 70er Jahre viele der heutigen Stadteilbewegungen auf den Plan rufen.

Auf politisch-institutioneller Ebene fallen in diesem Zeitraum zwei bedeutende Änderungen zusammen, welche die spanische räumliche Planung in den nächsten zwanzig Jahren bestimmen sollten: 1956 wurde das bereits erwähnte Boden- und Städteordnungsgesetz erlassen („Ley de Regimen del suelo y Ordenacion Urbana“) (4) und 1957 wurde die Wohnungsbaupolitik durch die Gründung eines Wohnungsbauministeriums von den Kompetenzen des Innenministeriums (seit 1939) abgelöst. Organe wie das Instituto Nacional de la Vivienda und die O.S.H. (5) wurden dem neuen Ministerium untergeordnet. Das Innenministerium übte jedoch weiterhin Einfluß auf die Kommunalverwaltungen aus und das Finanzministerium entschied weiterhin über die Ausgaben der öffentlichen Hand, also auch die Wohnungsbaufinanzierung. Das neugeschaffene Ministerium konnte daher nicht einmal eine koordinierende Funktion in der Wohnungsbaupolitik erfüllen und mußte sich de facto mit einer Art von Gutachterfunktion für die laufenden Bauvorgänge und die damit verbundene Vergabe von Finanzmitteln begnügen.



Bauten der OSH am Ostrand von Barcelona, 1963 "La Paz"

Die dritte Phase: die Periode der wirtschaftlichen Entwicklung 1959-1972.

Am 20.7.1959 bedeutete der Erlass eines „Stabilisierungsprogramms“ einen neuen Einschnitt in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht. Ziel des Programms war die Schaffung der Grundlagen a) für eine ausgewogene Entwicklung der Wirtschaft und b) für eine verstärkte Integration mit den Wirtschaftssystemen der westlichen Nationen. Dieses Stabilisierungsprogramm bedeutete das endgültige Ende der autarken Wirtschaftspolitik in einem Moment, wo die interne Produktionsstruktur nur unter besonderen protektionistischen Maßnahmen hätte entwickelt werden können. Die beschleunigte Kapitalakkumulation der 60er Jahre vollzog sich denn auch in engem Zusammenhang mit den „externen“ Schwankungen der internationalen Konjunktur und so erwiesen sich die externen Krisen von 1967-68 oder 1973-74 gleichzeitig als besonders kritische Momente der internen politischen Entwicklung der Diktatur. Insgesamt jedoch stieg in Spanien der Index der industriellen Produktion (1962 = 100) beträchtlich: von 47 (1955) auf 82,5 (1960), 142 (1965) und 230 (1970), während gleichzeitig jedoch die jährlichen Lohnzuwachsquoten seit 1968 immer unter der Zuwachsquote der Lebenshaltungskosten lagen. Dieses industrielle Wachstum bei gleichzeitiger relativer Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen der Bevölkerung hatte bzgl. der städtischen Entwicklung zwei hauptsächliche Aspekte: eine verstärkte Förderung der Industriekonzentration und entsprechende Massenerwanderungen in die industriellen Ballungsräume, sowie hohe soziale Kosten die dieser immense Verstädterungsprozeß erzeugte. Die Aufgaben der Stadtplanung waren aber für die öffentlichen (teilweise selbst korrupten) Verwaltungsorgane nicht zu bewältigen und viele Sektoren mußten an profitorientierte Privatgesellschaften „verpachtet“ werden. So wurden z.B. das Schul- und Transportwesen zu einem hohen Prozentsatz, der Autobahnbau und die Energieversorgung allgemein privatisiert. Die Nutzungskosten wurden für die unteren sozialen Schichten dementsprechend untragbar. Aber auch für das Industriekapital wurden solche „Problemlösungen“ durch den erhöhten Druck auf das Lohnniveau allmählich unrentabel. Besonders deutlich zeigte sich dies auf dem Gebiet des Wohnungsbaus. (6) Die staatliche Wohnungsbauförderungspolitik bevorzugte weiterhin die Privatunternehmen. Bei einer Jahresproduktion von 150.000 (1960) bis 300.000 Wohnungen (1970) vergrößerte sich das Wohnungsdefizit von Jahr zu Jahr um etwa 100.000 Wohnungen. Schätzte man den Wohnungsbedarf 1960 auf 1 Mio Wohnungen, so

stieg er bis 1970 auf 1,7 Mio. Der 2. Nationale Wohnungsbauplan (1960-1966) vermochte also nicht einmal zur Eindämmung des Defizits zu dienen, während auf der anderen Seite die Zahl der leerstehenden Wohnungen von 300.000 im Jahre 1960 auf 1.133.000 im Jahr 1970 stieg (7). 90% der mit staatlicher Unterstützung geförderten Wohnungen wurden von Privatunternehmen gebaut; infolge der hohen Preise überstieg aber für 50% der Bevölkerung die finanzielle Belastung durch Wohnungskauf bzw. Miete 20% ihres Einkommens. 80% der gebauten Wohnungen wurden zum Verkauf bestimmt. Erst zu Ende der 60er Jahre wurden vom Staat potentiellen Käufern Kreditbeihilfen gewährt. 1970 wurde im Rahmen des Nationalen Wohnungsbauplanes (1961-76) ein „Decreto de Actuaciones Urgentes“ (ACTUR) erlassen, mit dem der Staat sich durch geschäftliche Vereinbarung mit privaten Großbauunternehmen eine Lösung für die wachsende Wohnungsnot der Großstädte versprach. Damit wurde dem Großkapital das Spekulationsgeschäft im Städtebau weiter gegeben. Ab 1970 beteiligten sich auch internationale Finanzgruppen wie Rothschild, Doxiadis u.a. im Massenwohnungsbau. Das Ergebnis solcher „Ballungsdezentralisierung“ waren große Spekulationen mit billigen Agrargebieten (11.000 ha in der Umgebung von Madrid, Barcelona, Valencia, Sevilla, Zaragoza und Cadix) im Zuge dieser privatwirtschaftlichen „New-Town“-Politik; fast das gesamte Bauerwartungsland in der Umgebung von Madrid ist heute von nur 8 Privatgesellschaften monopolisiert.

Die monopolistische Stadtpolitik richtete sich dabei mit Zustimmung bzw. Stillschweigen der Verwaltungsorgane zunehmend aggressiv gegen die Kleinbesitzer, die Arbeiter sowie gegen die städtischen Mittelklassen. Diese Schichten waren jetzt auf die Selbstverteidigung ihrer Interessen angewiesen, die zunächst nur zeitweilig für bestimmte vereinzelte materiell-soziale Forderungen organisiert wurde, während ab etwa 1968 die Bürgerbewegungen, die „Asociaciones“, durchgehend eine politisch organisatorische Funktion im Kampf für demokratische Freiheiten erfüllten. Sowohl in den unterversorgten peripheren Siedlungen des Sozialwohnungsbaus („Poligonos“) wie auch in städtisch zentralen Wohngebieten (gefährdet durch massive Enteignungsverfahren zur Umschichtung der Wohnbevölkerung und Schaffung von tertiären Zentren, Durchbruch von Stadtautobahnen usw.) entstanden im Wohlstandsrausch der 60er Jahre solche zunächst oft eher „stadtpolitisch aufklärerischen“ Bürgerbewegungen. Obwohl man, bezogen auf den Zeitraum von 1960 bis zur Krise 1967-68 von einer allgemeinen Verbesserung des materiellen Wohlstands

im Zusammenhang des industriellen Wachstums sprechen kann, minderten gerade die Wohnungskosten diese Entwicklung erheblich.

Durch ein „Assoziationengesetz“ von 1964 wurde in der politischen Struktur des Systems der Ansatz für die „legale“ organisatorische Strukturierung der Bürgerbewegungen geschaffen. Das Regime wollte sich 1964 im Rahmen der „25 Jahre Frieden“ auf lokaler Ebene ein politisches Vertretungsorgan beschaffen. Darin sollten nach dem ständischen Modell der Gesellschaftsorganisation die verschiedensten Gruppen und Organisationen organisatorisch auf Quartiersebene vereint werden. Die Bürgerbewegungen nutzten diese Bestimmungen zur Gründung von organisatorischen Strukturen, die sie selbst kontrollierten; daher wurde vielen derart organisierten „Asociaciones“ jahrelang die offizielle Anerkennung erschwert.

Die Krise von 1968 führte zu neuen Lohnstopps und Entlassungen in der Industrie. Man versuchte die Arbeitslosigkeit erneut durch Förderung des Wohnungsbaus zu verringern (1972 stellte der Wohnungsbau 10% des BNP und 9% der berufstätigen Bevölkerung bzw. 23% der industriellen Berufstätigen). Das Ergebnis dieser Strategie war ein erneuter spekulativer Aufschwung im Wohnungsbau, wobei Kapitalien ständig der industriellen Investition entzogen wurden und in den gewinnträchtigeren Sektoren der Bau- und Bodenspekulation angelegt wurden. Die „Rationalität“ der industriellen Entwicklung war dadurch doppelt gefährdet. Während die industrielle Krise nur durch eine repressive Gewerkschaftspolitik und Lohnstopps überwunden werden konnte, zwangen die wachsenden Lebenshaltungs- bzw. Wohnkosten zu ständigen Lohnerhöhungen. Außerdem wurden die für den industriellen Fortschritt erforderliche erweiterte Reproduktion der Arbeitskraft (Bildungsmöglichkeiten zur besseren Qualifizierung der Arbeiter, Erholungsmöglichkeiten, Freizeit) zunehmend blockiert.

Die vierte Phase: Die Krise des politischen Modells seit 1972 bis heute

Aus den gerade genannten Gründen entstehen hauptsächlich in den Industriestädten nach der Krise von 1968 oft gleichzeitig im Produktions- wie im Reproduktionsbereich vermehrte Forderungen und Kämpfe.

— So demonstrierten z.B. im Oktober 1969 in Erandio bei Bilbao die Einwohner gegen die Luftverschmutzung. Die Repression forderte 2 Tote und in den nächsten Tagen streikten neben den Fabrikarbeitern auch die Kleinhändler und Werkstätten.

— 1970 wurde in Madrid durch einen U-

Bahn-Streik wegen der Fahrpreiserhöhungen der Transport stillgelegt.

— 1972 forderte die brutale Repression von streikenden Werftarbeitern in El Ferrol zwei Opfer. Die ganze Stadt legte die Arbeit nieder.

Die politischen Prozesse gegen die baskische ETA (Burgos, 1970) und gegen die Arbeiterkommissionen (Prozeß „1.001“ von 1973) lösten nationale und internationale Protestbewegungen aus und bewiesen letztlich, daß der autoritäre Staat nicht einmal mit verstärkten repressiven Maßnahmen für die industrielle Entwicklung Spaniens „funktionsfähig“ war. Die Erdölkrise von 1973 und ihre inflationären Folgen auf die inneren Wirtschaftsverhältnisse bewirkten eine Verlagerung der Kapitalanlagen auf sicheres Terrain — Investitionen im Wohnungsbau bzw. auf schweizerischen Bankkonten. Folge dieser „Unproduktivität“ des Kapitals waren die industrielle Stagnation, eine steigende Inflation (1976 = 30%) und die Intensivierung des politischen Protests. In dieser letzten Phase 1972-77 waren die „Asociaciones“ wesentliche organisatorische Grundlagen des offenen politischen Kampfes gegen die Diktatur, bis selbst für die Oligarchie eine demokratische Staatsorganisation für die Erhaltung

ihrer Privilegien als eine rentablere Lösung erschien.

Im letzten Abschnitt soll nun die Entwicklung und der Charakter der urbanen Kämpfe am Beispiel der „Asociaciones de barrio“ und „Asociaciones de vecinos“, der Bürgerbewegungen auf Quartiers- oder Nachbarschaftsebene, genauer untersucht werden.

CHARAKTER UND ROLLE DER STÄDTISCHEN BEWEGUNGEN: DIE „ASOCIACIONES“

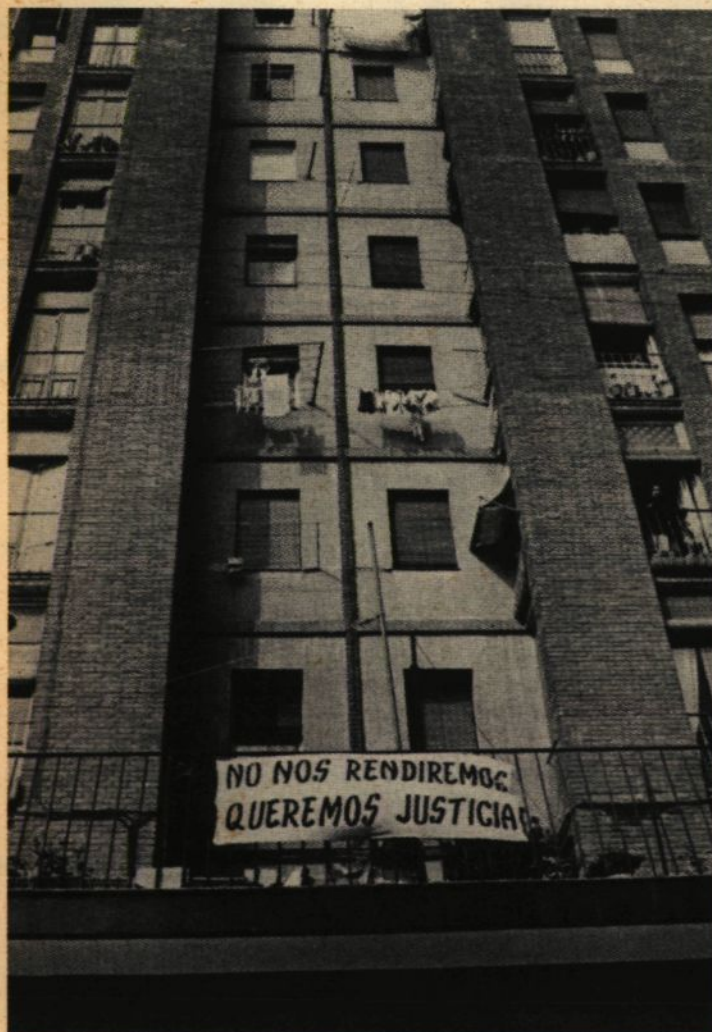
Während in den 50er Jahren die spanische Arbeiterbewegung und die Oppositionsparteien unter permanenter Repression kaum eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit durchführen konnten, so entwickelten sich in der Wohlstandsphase der 60er Jahre die materiellen und sozialpolitischen Bedingungen für eine offene Konfrontation mit der Diktatur. Die städtischen Bewegungen entstanden während der 60er Jahre zunächst einmal als Selbsthilfeorganisationen gegen das zunehmende Versagen der Verwaltungsorgane, während es ab etwa 1968 in der weiteren Entwicklung zunehmend darum ging, innerhalb des autoritären Staatssystems sämtliche institutionellen Lücken zum Ausbau opposi-

tionspolitischer Spielräume zu nutzen (8).

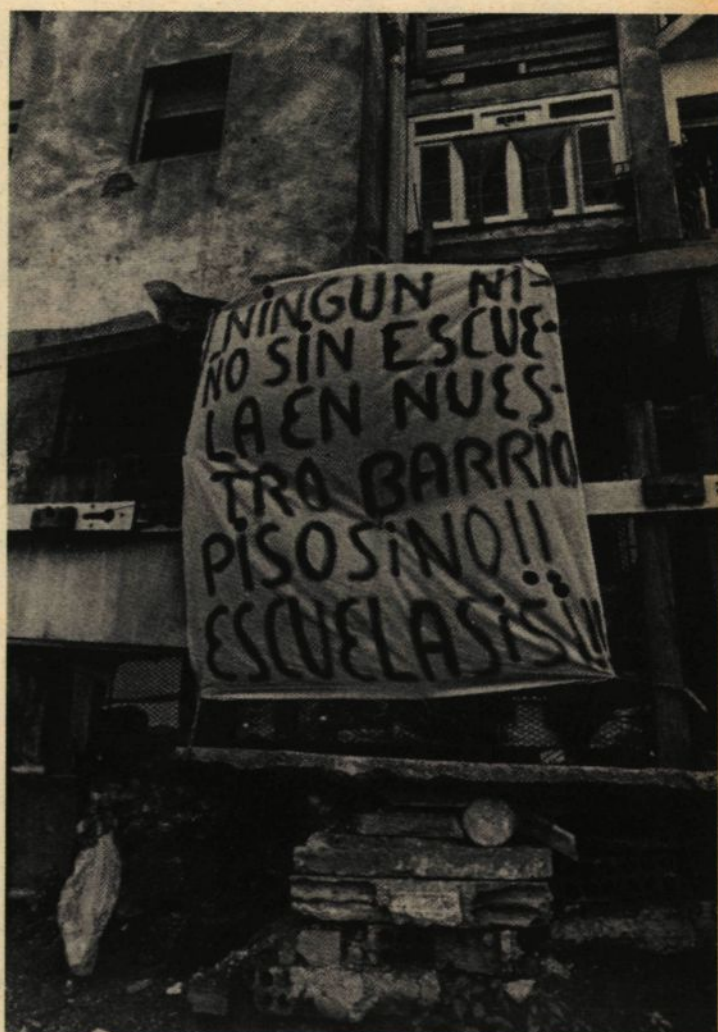
Die Asociaciones: ein Instrument in den Stadtkämpfen und in der allgemeinen politischen Auseinandersetzung

So wie auf Produktionsebene die „Comisiones Obreras“ innerhalb der „vertikalen“ Gewerkschaftsstruktur allmählich zum entscheidenden demokratischen Vertretungsorgan der Arbeiterschaft wurden, so entstanden auch seit dem Assoziationsgesetz von 1964 in den städtischen Agglomerationen basisdemokratische Strukturen auf Stadtteilebene wie die „Asociaciones de vecinos“ oder „Asociaciones de barrio“ (Nachbarschafts- oder Stadtteilkomitees; gebräuchlich sind beide Bezeichnungen nebeneinander) als Alternative zur Korruption bzw. Passivität der „offiziellen“ Kommunalpolitik. Gesetzlichkeit und Gesetzesübertretung wurden für das Handeln der Bewegung zunehmend bedeutungslose Mahn- und Warnzeichen; entscheidend waren die offen sichtbaren Tatsachen, und eine Tatsache war, daß die lokalen Behörden dauernd gegen ihre eigenen Gesetze verstießen und meistens die Privatspekulanten unterstützten.

Infolge ihrer relativ langwierigen Entwicklungsdauer wurden dabei die Stadt-



„Wir werden uns nicht ergeben. Wir verlangen Gerechtigkeit“



„Kein Kind ohne Schule in unserem Quartier! Schulen statt Wohnblocks!“



Demonstration für kostenlose, demokratische Schulen in Barcelona. Noch 1968 konnten in Spanien 500 000 Kinder aufgrund mangelnder Kapazitäten keine Grundschule besuchen.

planungsvorgänge zu einem grundlegenden Ansatzpunkt hinsichtlich der politischen Aufklärung der städtischen Bevölkerung. Oft mußten die „Asociaciones“ nach Aufstellung ihrer konkreten Forderungen monatelang die langwierigen Verhandlungen der Behörden verfolgen, wobei sie jedoch die verschiedenen Interessen- und Klassengegensätze die dabei im Spiel waren, genauer kennen lernen konnten. Häufige Polizeieinsätze zur Auflösung von Demonstrationen beschleunigten ihre „Lernprozesse“ noch wesentlich. Angesichts dieser Politisierung des städtischen Protests wurde in der Praxis wegen „verwaltungstechnischer Probleme“ (so sagten die Behörden) die Legalisierung der Asociaciones teilweise verhindert. So waren etwa 1976 in Madrid 108 „Asociaciones“ in einer „Federacion de Asociaciones“ eingegliedert, aber nur 28 davon legalisiert. Die vielseitigen Ursachen für die Entstehung der Bürgerbewegungen lagen wie schon gesagt wurde, in den Widersprüchen der Stadtentwicklungspolitik, in *materiell ökonomischen Gründen*; dazu zählten insbesondere:

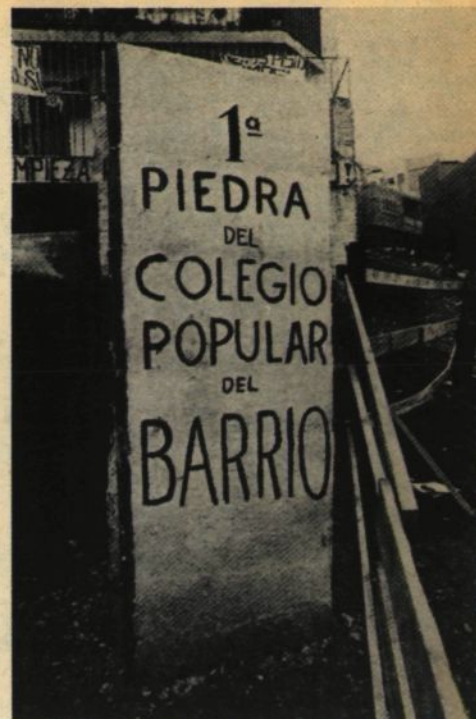
- Die „aggressive“ Stadtentwicklung (Sanierungen, Enteignungen, Abbruch und Umsetzung von Barackensiedlungen) zugunsten der privaten Spekulation
- Die Verschlechterung der Lebensbedingungen infolge der Verplanung der Städte (Bau von unterversorgten peripheren Neubaugebieten ohne die Standortvorteile der alten städtisch zentralen Lagen; umweltverseuchende Industrie in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten usw.)
- Die wachsenden Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung („Selbstverständlich-

keiten“ wie ausreichende öffentliche Transportmittel, genügende Schul- und Krankenhilfekapazitäten waren kaum zu sozial tragbaren Kosten vorhanden)

- Die anhaltende Wohnungsnot, deren verschiedene Aspekte und Gründe wir bereits genauer zu erläutern gesucht haben.

Gleichzeitig gewann die Asociaciones jedoch auch eine *allgemeinere politische und ideologische Bedeutung*:

- politisch: In Bezug auf die autoritäre Staatstruktur und das Parteienverbot. In der zunehmenden Legitimationskrise des politischen Systems dienten die „Asociaciones“ zur politischen Aufklärung und Schulung der Bevölkerung, sowie als alternative basisdemokratische Organe zum Aufbau einer „provisorischen“ Parteistruktur. Mit der Einführung der Demokratie dürften gegenwärtig derartige basisdemokratische Strukturen mehr und mehr ihre provisorischen und Ersatzfunktionen verlieren und zu einem Teil sich zum wesentlichen Kern der Parteiorganisation – etwa der PCE – entwickeln.
- ideologisch: Die „Asociaciones“ dienen zur Herstellung von Gegenöffentlichkeit, indem sie als legitime Vertretungen der Bevölkerung ihre Forderungen durch Beteiligung an Veranstaltungen, Presse, Rundfunk, usw. bekanntgeben. Durch Verbot der Veranstaltungen oder durch Disziplinarverfahren gegen Stadtteil- bzw. Tageszeitungen und Redakteure machten sich demgegenüber die Repressionsorgane letztlich noch unbeliebter. In der spanischen Situation war dieser ideologische Kampf infolge des Partei- und Mei-



„Grundstein für die Schule des Volkes“ - gelegt von den Einwohnern eines Quartiers in Barcelona

nungsverbotes das Ergebnis einer breiten Zusammenarbeit von Soziologen, Technikern, Angestellten und Arbeitern.

Autonome Ziele und Aktionsformen der Asociaciones und die Bedeutung der Bewegung für die politischen Organisationen der Linken

Was nun die unmittelbare Arbeit der Asociaciones in dem beschriebenen ökonomischen, politischen und ideologischen Kräftefeld angeht, so versucht man soweit eben möglich, jedes spekulative Planungsvorhaben, die Prozesse der Umweltzerstörung oder die Mißstände des sozialen Wohnungsbaus sofort in Aktionen der Stadtteilbewegungen umzusetzen. Die Aktionsformen sind dabei verschieden je nach der Art des Problems und je nach dem Entwicklungsstand der Bewegungen. Sie reichen vom nicht organisierten spontanen Protest bis hin zu regelrecht strukturierten „Asociaciones“ mit Arbeitsgruppen, Beratern und demokratischer Generalversammlung. Für das Handeln der Asociaciones bildeten bestimmte Kreise der Kirche und verschiedene linksorientierte Berufskammern (Architekten- und Rechtsanwaltsverbände) permanente Bündnispartner. Wegen ihrer institutionellen Legitimität innerhalb des Systems übten sie aufgrund ihrer ideologischen bzw. fachlichen Kompetenz einen entscheidenden Druck auf die Öffentlichkeit aus. Speziell in den Großstädten wurde über verschiedene Probleme bzw. Aktionen der Quartiersbewegungen permanent berichtet; das Verhalten gegenüber dem herrschenden privaten und öffentlichen

Städtebau reichte von der spontanen Demonstration oder materiellen Selbsthilfe bzw. Selbstverteidigung bis zu interdisziplinär ausgearbeiteten „Alternativplänen“; einen Ansatzpunkt bot dabei die Tatsache, daß im 1956er Bodengesetz für alle Stadtentwicklungs- und Teilbebauungspläne eine Einspruchsfrist eingeräumt wurde, von der die „Asociaciones“ durchweg Gebrauch machten. So verhielten sie sich auch im Falle des 1974 von den Behörden revidierten Plan Comarcal de Barcelona. Dort wurden die Alternativpläne der „Asociaciones“ der einzelnen Bezirke koordiniert und als alternativer Generalplan für die Stadt veröffentlicht. Darin wurden nicht nur planungstechnische Alternativen, sondern auch eine Finanzreform durch „progressive“ Besteuerung der Einkommen sowie die demokratische Kontrolle aller Entscheidungsebenen der Planung verlangt. Auch gegen weitere Formen der Verschlechterung der städtischen Lebensqualität z.B. durch Teilbebauungspläne für spekulativen Wohnungsbau sowie zur Selbstverteidigung des Kleineigentums (wie z.B. beim Abriß von Quartieren zwecks „Sanierung“) entstanden zahlreiche Initiativen und „Asociaciones“:

- So zum Beispiel 1970 in Barcelona gegen die Sanierung der „Nueve Barrios“ (9 Arbeiterquartiere sollten durch 3 Stadtautobahnen und Wohnblöcke für die Mittelklassen ersetzt werden), wobei sogar die Ratssitzungen der Kommune von den Bewohnern besetzt wurden
- oder 1971 gegen den „Plan de la Ribera“, der bis heute erfolgreich blockiert wurde (Verschiedene Industrieunternehmen wollten ihre Umlegung in die Peripherie durch Umnutzung ihrer städtischen Standorte für Luxuswohnungen absichern. Dabei sollten teilweise schon bestehende Stadtteile verschwinden);
- In Valencia 1972 gegen die private Bauernutzung von El Saler (staatseigene Grundstücke an einem See sollten an eine Privatgesellschaft zur Bebauung von über 1.000 Parzellen verkauft werden)
- In Madrid, wo die ersten Asociaciones in den Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus der Peripherie um 1968 entstanden und vor allem nach 1974 sich verbreiteten (bis Ende 1976 waren es etwa 150).

Ein entscheidendes Mittel zur Verbreitung des politischen Einflusses der Asociaciones sowie der Sicherung einer kontinuierlichen politischen Aktivität waren dabei durchweg großangelegte Mobilisierungskampagnen. Die Praxis der öffentlichen Arbeit der Asociaciones beschränkte sich dabei jedoch nicht nur auf Fragen von Alternativen im engeren Bereich der Stadtplanung, sondern war auch intensiv auf viele andere Aspekte gerichtet, wie Schuldefizit, Ver-

teuerung der Lebenshaltungskosten, Krankenfürsorge und Transport.

Angeichts der breiten Betroffenheit der Bevölkerung von diesen Problemen waren die urbanen Bewegungen im Spanien der letzten Jahre deswegen oft von „interklassistischem“ Charakter, wobei jedoch fast immer eine starke Mitbeteiligung aus der Arbeiterklasse vorhanden war. In einer Situation der totalen politischen Entmündigung wurde der „Kampf um die Stadt“ identisch mit dem Kampf um weitere politische Rechte und Freiheiten. Auch von dorthier wurde er zu einer gemeinsamen Aufgabe der städtischen Industriearbeiterschaft wie auch des Kleinkapitals und der Mittelklassen.

Es ist deswegen nicht verwunderlich, wenn derartige politisch-städtische Bewegungen besonders von der spanischen KP gefördert wurden, deren Programm auf eine solche breite soziale Basis und auf die vorrangige Durchsetzung demokratischer politischer Freiheiten zielt. Die Mehrzahl der organisatorischen Kerne der PCE in Madrid und der PSUC (der katalonischen PC) entstand gerade im Kontext solcher Asociaciones. Weiter linksstehende Parteien und Gruppen hatten mit ihren radikalen Programmen große Schwierigkeiten, ihren eigenen Organisationsaufbau in ähnlicher Weise zu vollziehen, auch wenn sie jahrelang den materiellen Kampf in den Asociaciones mitgetragen hatten. Da die Asociaciones für sie weder (wie für die PCE) funktionelle Verbindungsglieder in den städtisch-gesellschaftlichen Bereich hinein darstellen konnten, noch aus ihnen heraus größere Zahlen von Mitgliedern für die eigene (Kader)partei gewonnen werden konnten, waren sie für diese letzten Parteien nur noch sinnvolle Arbeitsfelder, wenn ihre Mitglieder aus links der PCE stehenden Arbeitersektoren stammten – wie teilweise im Baskenland und Katalonien – wo auch die autonomistischen Bestrebungen in solchen Asociaciones sich auch für die „linksextremen“ Programme stärker offenhielten.

Die politische Rolle der Asociaciones im Umbruch des spanischen Herrschaftssystems

Die Jahre 1973-74 als Jahre des beginnenden politischen Umbruchs in Spanien stellten einen bedeutenden Wandel auch in der Entwicklung der Asociaciones dar: Die interne Krise nach 1973 in der Folge der Erdölkrise und die ansteigende Inflation führten zu ständig verstärkten Mobilisierungen im Stadtbereich. Insofern verschiedene linke Parteien die Asociaciones seitdem in der „Übergangsphase“ als Mittel ihrer verstärkten politischen Einflußnahme auf die Öffentlichkeit betrachteten, wurde in der Zeit von 1974 bis zu den Parlamentswahlen vom 15. Juni

1977 der Aufbau solcher Organisationen intensiviert und zugleich deren politischer Charakter eindeutig als „linksorientiert“ verankert. In einem Bericht des Innenministeriums wurde 1975 festgestellt, daß „die Subversion in den Stadtteilen und im Arbeitsbereich . . . die zwei Hauptressourcen sind, die von den Oppositionsparteien zum Umsturz des gegenwärtigen spanischen Regimes benutzt werden“. Das System versuchte daher nach dem Tode Carrero Blancos im Dezember 1973 mit der Regierung Arrias Navarro (im Juli 1976 vom König durch den gegenwärtigen Regierungspräsidenten Suarez abgelöst) durch eine scheinbare politische Auflockerung und eine Reform der Kommunalverfassungen einen Umsturz zu verhindern. Tatsächlich konnte die Unaufhaltsamkeit der Massenkonflikte jedoch nur durch verstärkte Polizeieinsätze ausgeglichen werden, was wiederum zur Ausweitung der Unterstützungsbasis für die Oppositionsbewegungen beitrug.

Die „Asociaciones“ wurden nun aktive Artikulationselemente in einem weitreichenden politischen Mobilisierungsprozeß, wobei jetzt vermehrt Konflikte auf Betriebsebene und auf Stadtebene in Form einheitlicher koordinierter Massenbewegungen ausgetragen wurden:

- In Pamplona streikten 1973 etwa 40.000 Arbeiter und außerdem Bürger in allen Bereichen, so daß das gesamte städtische Leben stillgelegt wurde.
- In Barcelona streikten 1974 die Industriearbeiter im Bezirk des Baix Llobregat und forderten erfolgreich zur Solidarität der Bevölkerung auf.
- In Madrid wurden im Juli 1974 die Forderungen verschiedener Stadtteile und der Frauenbewegungen als Protest gegen Preiserhöhungen und Stadtteilunterversorgung zusammen mit 20.000 Unterschriften dem Regierungspräsidenten vorgelegt. Die Passivität der Regierung führte in den nächsten zwei Jahren zum Boykott der Lebensmittelmärkte, Privatschulen, usw.

1975 war das Jahr der endgültigen Krise der Diktatur. Den Arbeiterkommissionen gelang ein entscheidender Durchbruch in den Gewerkschaftswahlen (mit den „Einheitskandidaten“) während die Erschießung von zwei ETA- und drei FRAP-Mitgliedern am 26. September den internationalen Protest gegen das Regime verstärkte. Der Diktator Franco starb am 20. November 1975 und seitdem hielt die Massenmobilisierung (Amnestie für die politischen Gefangenen, für demokratische Freiheiten, gegen Repressionskräfte und Preiserhöhungen) an. Die am 1. November 1975 gebildete Coordinadora Democratica („Platajunta“ genannt, eine Vereinigung aller noch illegalen spanischen Oppositionsparteien), gewann ständig auch an

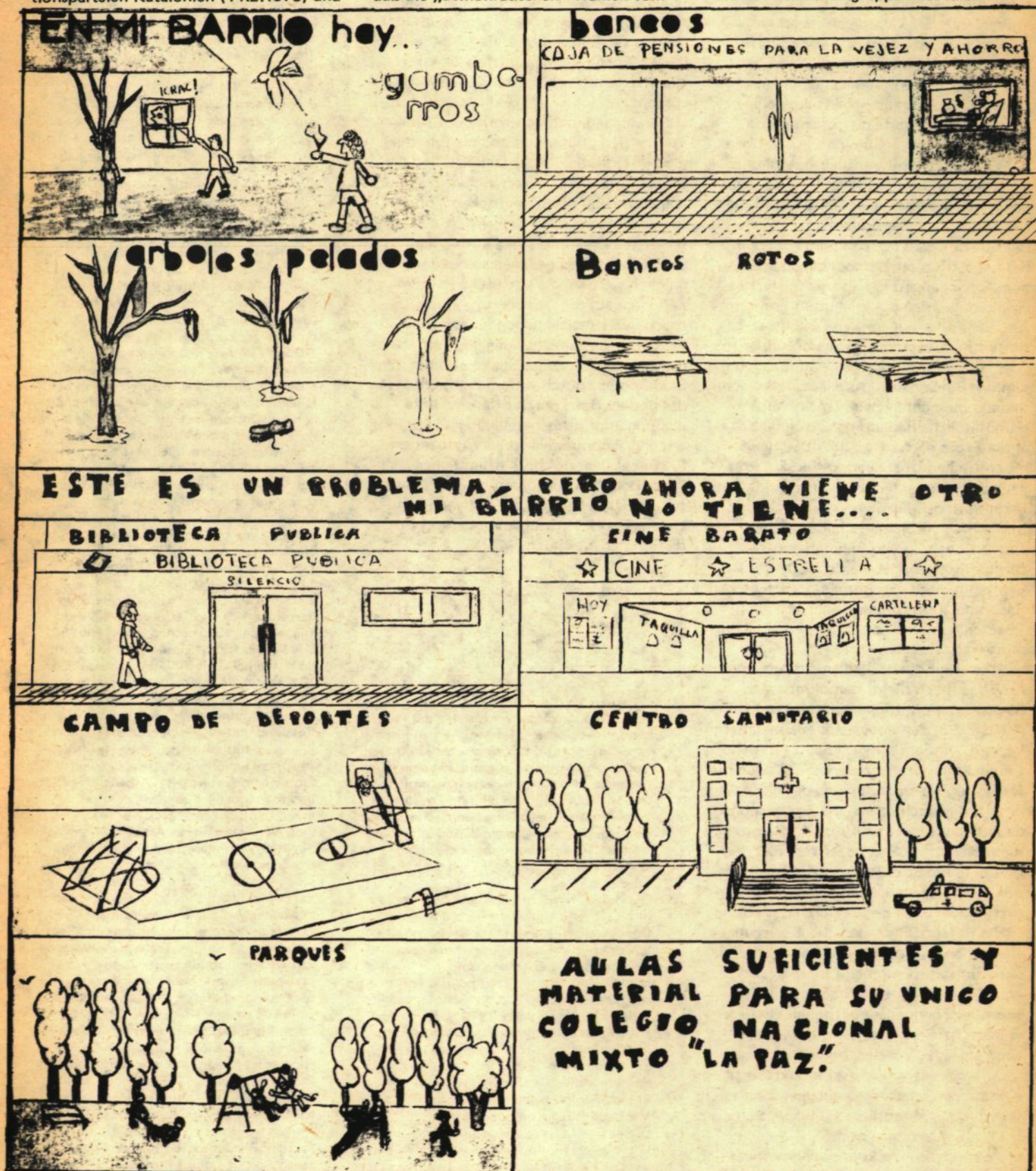
internationaler Anerkennung, während dadurch die Legitimität der „offiziellen“ Regierung und der Monarchie mehr und mehr in Frage gestellt wurde. Auch die Frage der regionalen Autonomie trat jetzt, organisatorisch verstärkt durch die Gründung einer Ratsversammlung der Oppositionsparteien Katalonien (14.2.1975) und

des Baskenlandes (29.12.1975), in den Vordergrund.

Zur zukünftigen Rolle der Asociaciones und der Kommunen

Es muß zum Abschluß betont werden, daß die „demokratischen“ Wahlen vom

15. Juni 1977 entscheidende Fragen wie die der Regionalen Autonomie und der Finanz- und Kommunalverfassungsreform offengelassen haben. Die Regierung Suarez muß jetzt dem Parlament die Ausarbeitung einer Verfassung überlassen, welche möglicherweise die Legitimität des von den Machtgruppen des alten Re-



Oben: "Was es in meinem Viertel gibt . . . Halbstarke, entlaubte Bäume, Banken, zerstörte Bänke." Mitte: "Das ist ein Problem, aber nun kommt etwas anderes: Was es in meinem Viertel nicht gibt . . . eine öffentliche Bücherei, einen Sportplatz, Parkanlagen, ein billiges Kino, ein Krankenhaus, genügend Klassenräume und Lernmaterial für die einzige öffentliche Schule, die in "La Paz" untergebracht ist." - Schülerzeichnung aus dem OSH-Viertel "La Paz".

gimes aufgestellten Parlaments- und Wahlsystems infragestellen könnte.

Eine Kommunalverfassungsreform demokratischen Charakters würde mit großer Wahrscheinlichkeit den Linksparteien die Mehrheit der Vertretungen in den Großstädten sichern, während die Zuteilung von Autonomie-Statuten für das Baskenland und Katalonien (beide mit starken sozialistischen und kommunistischen Vertretungen) keine großen Chancen für das Weiterbestehen der Vormachtstellung der zentralistischen Oligarchie bzw. der zentralistischen Staatsorganisation übriglassen würde. Nur eine Finanzreform, die z.B. die direkte Verbindung zwischen kommunalen und zentralen Finanzen bzw. das Weiterbestehen der zentral koordinierten Ministerialdelegationen oder „Sicherheitskräfte“ garantieren könnte, wäre in der Lage, die alten besonderen staatsinternen Abhängigkeitsverhältnisse aufrecht zu erhalten. Werden die genannten Forderungen nicht oder nur teilweise erfüllt, so ist weiterhin mit starker Massenmobilisierung aber auch mit starker Repression zu rechnen. Im Bereich der „Asociaciones“ haben deshalb momentan zwei Aspekte eine grundsätzliche Bedeutung gewonnen:

- a) die Frage nach dem „Inhalt“ einer demokratischen Übergangspolitik, konkret nach dem Charakter der künftigen Programme und Reformen.
- b) die Frage nach dem Charakter der Institutionen, die im Rahmen der Reformpolitik gebildet werden sollen, insbesondere nach den Beziehungen zwischen Basis und Vertretungsorganen auf allen Ebenen in den neu zu erarbeitenden Kommunalverfassungen.

Inwieweit durch die Institutionalisierung des (noch nicht) demokratischen Systems das politische Potential von Organen wie z.B. den Asociaciones abnehmen könnte, wird auf mittlere Sicht mit der Entwicklung des „sozialen Pakts“, den die Regierung zur Überwindung der Krise für notwendig erachtet und der Verfassungsdebatte deutlicher zum Ausdruck kommen. Man sollte aber bedenken, daß der Charakter und die Struktur der Institutionen nicht nur von „oben“, sondern historisch immer auch gerade durch das „politische Potential“ der sozialen Bewegungen wesentlich bestimmt wird. Dabei ist jetzt der Kurs der spanischen Linksparteien entscheidend, für die „Stadtpolitik“ ein zentrales Thema der politischen Praxis geworden ist. Schon während der „Übergangsperiode“ vor den Wahlen im Juni 1977 waren verschiedene demokratische Kommunalverfassungsansätze ausgearbeitet worden. Wesentliche Punkte waren dabei die Forderungen nach:

- a) Autonomie: Die kommunale Verwaltung soll nach den Prinzipien der Demokratie und der Dezentralisation strukturiert

werden. Den Kommunen sollen eine selbstgetragene Finanzierung und politische Zuständigkeiten erteilt werden, um sie in ihren eigenen Entscheidungen von der zentralen Staatsgewalt unabhängig zu machen.

- b) freie und gleiche Wahl für alle politischen Vertretungsorgane: die Kandidaten sollen von den jeweiligen Parteien gestellt werden zur Bildung eines Parlamentes auf lokaler Ebene. Der Bürgermeister soll von einem demokratisch gewählten Stadtrat ernannt werden.

- c) Beteiligung und Kontrolle der Bevölkerung an den politischen und planungstechnischen Entscheidungen: dafür sollen Artikulationsplattformen zwischen der Bevölkerung und ihren politischen Vertretungsorganen geschaffen werden, d.h. zwischen „asociaciones“ und Kommune. Unter diesen Bedingungen soll es dann möglich werden, die städtische Politik auszurichten auf die Absicherung von ausreichenden Dienstleistungen für alle Einwohner sowie die Eindämmung der Tertiärisierungsprozesse und der Spekulation in den Stadtkernen (durch Kommunalisierung des Bodens bzw. durch öffentliche Verwaltung und Bürgerbeteiligung an Projekten und Wohnungsversorgungsprozessen).

(9) Ein aktiver politisch-öffentlicher Kampf der Stadtbevölkerung wird dabei für die Herausbildung der notwendigen Organe und Institutionen das entscheidende Fundament bilden.

- (1) Zwischen 1931 und 1936 hatten die bürgerlich republikanischen Parteien das Problem der regionalen Abhängigkeit zu lösen versucht, indem Katalonien und das Baskenland eigene Autonomiestatute bekamen und gleichzeitig in den landwirtschaftlichen Großgrundbesitzgütern eine Agrarreform durch Enteignungen vorgenommen wurde. Politisch ging es allgemein darum, die kommunalen Kompetenzen sowie die demokratische Struktur aller Ebenen der Verwaltung zu stärken.
- (2) Die O.S.H. wurde während der 50er Jahre infolge ihrer organischen Verbindungen zu Gewerkschaft, Kommunen, Baugesellschaften, Spar- und Arbeiterkassen zu einem mächtigen Konzern ausgebaut.
- (3) In diese Zeit fällt auch der politische Aufstieg des „Opus Dei“, einer katholischen Elitesekte, die im Jahre 1970 durch finanzielle Fehlkalkulationen und Skandale allmählich ihre politische Macht zugunsten der Movimiento-Technokratie, der faschistischen politischen Organisation des Franco-Regimes verlor. Ihre finanzielle Macht blieb dagegen unberührt.
- (4) Dieses Gesetz ist teilweise ein Boden- und teilweise ein Städtebauförderungs- und Baugesetz. Die darin formulierten Leitlinien für den Städtebau der öffentlichen Organe klangen sozial progressiv (Vorschriften

über notwendige ergänzende Dienstleistungen und soziale Infrastrukturen beim Wohnungsbau) blieben aber wegen der Unfähigkeit der lokalen Verwaltungsorgane bloßes Papier. Die technischen Vorschriften sahen unter anderem Teilbebauungspläne (planes parciales) zur Konkretisierung der in größerem Maßstab die Flächennutzung regelnden Generalpläne (planes generales) vor. Da aber konkrete Baurichtlinien fehlten, konnten in der betreffenden Zone lediglich die Bauvolumen pro qm festgelegt werden. Eine Vielfalt von Wohnkästen in allen nur erdenklichen Ausführungen ist damit eine der schwerwiegendsten „strukturellen“ Eigenschaften der spanischen Städte.

- (5) Ein Zeichen der „Fehlplanung“ im Bausektor ist die Tatsache, daß, während die O.S.H. von 1954 (34.700 WE) auf 1959 (9.774 WE) ihre Produktion um 400% senkte, die der Privatunternehmungen mit öffentlicher Unterstützung sich verdoppelte (von 66.738 WE (1954) auf 125.175 in 1959).
- (6) Erwähnenswert wären hier auch noch die Regulierungsversuche im Bereich der Raumordnungs- und Regionalpolitik. Ein erster Plan (1964-67) wollte die Förderung auf sieben Entwicklungspole konzentrieren (Burgos, Huelva, La Coruna, Sevilla, Valladolid, Vigo, Zaragoza). Im zweiten Plan (1968-72) wurde diese Strategie fortgesetzt und die Zahl der Entwicklungspole noch erweitert. Soweit die entsprechenden Städte nicht ohnehin über ein überdurchschnittliches Wachstum verfügten, waren die eigentlichen planerischen Anreizmittel vage und dementsprechend erfolglos. In einem dritten Plan (1972-1976) konzentrierte man sich wesentlich stärker auf die Probleme schon vorhandener Ballungsräume.
- (7) Es bestand außerdem noch eine beträchtliche Zahl von in Selbsthilfe gebauten Wohnbaracken; sie wurde 1960 offiziell auf 128.000 geschätzt und 1970 noch auf 112.000.
- (8) Zwischen 1970 und 1976 entstanden in Barcelona 120 Asociaciones, in Madrid 140, auf den Kanarischen Inseln etwa 50, in Valencia 100, in Bilbao 50, mit durchschnittlich 500 bis 2000 Mitgliedern. Etwa 70% aller Asociaciones entstanden zwischen 1973 und 1976. Dabei wählt die Mitgliederversammlung einer „Asociacion“ einen Vorstand und zu verschiedenen Problemereichen werden Arbeitsgruppen gebildet, so z.B. zu Schul-, Städtebau-, Umweltproblemen, Probleme im Arbeits-, Jugend- und Frauenbereich sowie in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Nur die geringe Zahl der systemtreuen Asociaciones mit direkten Verbindungen zu öffentlichen Behörden können dabei Räume der städtischen Verwaltung, der offiziellen Gewerkschaft benutzen. Die Mehrheit der demokratischen Asociaciones war bislang auf Lokale der Kirchen, der Kultur- und Sportverbände etc. für ihre Treffen angewiesen.
- (9) Zur weiteren Einführung in das von uns in diesem Aufsatz behandelte Thema empfehlen wir: J. Borja, Que son las asociaciones de vecinos; Barcelona 1977; H. Capel-Saez, Capitalismo y morfología urbana en España; Barcelona 1975; H.W. Richardson, Regional Development and Planning in Spain; 1975, span. Übersetz. Madrid 1976; R. Tamames, Introduccion a la economia española; Madrid, 1971; M. Tarrago, Política urbana y luchas sociales; Barcelona 1976. Unsere statistischen Angaben und empirischen Hinweise beziehen sich größtenteils auf diese Publikationen.